express
Zeitung für sozialistische Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit

# Wie weiter mit den Sozialprotesten?

## Marvin Hopp* berichtet über die bundesweite Aktionskonferenz an der Uni Göttingen

In: ***express*** *10/2026*

Unter dem Motto »Sozialstaat verteidigen – Die Reichen zur Kasse!« lud eine Vernetzungsgruppe von 23 Gewerkschafter:innen am 11. Oktober nach Göttingen zur »bundesweiten Aktionskonferenz zur Ausweitung der Sozialproteste« ein. Bereits zweimal hatte der ehrenamtliche Zusammenschluss zu digitalen Ratschlägen eingeladen, um sich gewerkschaftsübergreifend über den Stand der Proteste und Erfahrungen bei Ansprache und Mobilisierung auszutauschen. Beim ersten Mal kamen über 200 Kolleg:innen online zusammen, beim zweiten Mal waren es rund 100.

Beim ersten Präsenztreffen in Göttingen kam etwa ein Fünftel der 200 Kolleg:innen aus dem Organisationsbereich der IG Metall, einige wenige aus IG BAU, GEW, NGG und IG BCE. Mit drei Viertel der Teilnehmer:innen zeigte sich erneut sehr deutlich, dass der aktuelle Schwung für die Ausweitung der Sozialproteste – nicht nur im DGB-Bundesvorstand – vor allem aus den Organisationsbereichen von ver.di kommt. Bemerkenswert bei der Zusammensetzung der Konferenz: Etwa 80 Prozent der Teilnehmer:innen waren betriebliche Aktive. Über die Hälfte gab an, Vertrauensperson in einer Gewerkschaft oder Aktive:r in einer Betriebsgruppe zu sein. Unter den Teilnehmer:innen waren außerdem etwa 20 Vertreter:innen lokaler Sozialprotestbündnisse, die sich in vielen Regionen unter Labels wie »Wir stehen zusammen«, »Es reicht!« oder »#unkürzbar« zusammengeschlossen haben und an denen sich Gewerkschaften als Organisationen (bisher) mal mehr, mal weniger und in einigen Fällen gar nicht beteiligen.

Nicole Mayer-Ahuja, Professorin an der Universität Göttingen, eröffnete die Veranstaltung und sprach in ihrem Grußwort von »einem Angriff, bei dem Regierung und Unternehmen einvernehmlich Hand in Hand arbeiten – und dem wir auch deshalb teilweise so hilflos gegenüberstehen, weil der massive Rechtsruck es uns als Lohnabhängigen schwerer macht, uns gemeinsam dagegen zur Wehr zu setzen«. Auf ihren Beitrag folgte ein Eingangsreferat von Dierk Hirschel, Chefökonom von ver.di, der einen kurzen Überblick über die aktuellen politischen und ökonomischen Entwicklungen gab und argumentierte, dass die Behauptung vom »aufgeblähten Sozialstaat« schlichtweg falsch sei. Denn »die« Wirtschaft habe eben »nicht unter explodierenden Sozialstaatskosten [zu leiden], sondern unter einer Konsum- und Exportschwäche, hohen Energiekosten und einer maroden Infrastruktur«. Die aktuelle Strukturkrise ließe sich noch weniger als zuvor durch die alten Rezepte des Neoliberalismus lösen. Statt eines »Klassenkampfes von oben«, indem die Regierung beispielsweise versuche, auf dem Arbeitsmarkt »die Fesseln zu lösen« (Merz) und noch mehr sowie längere Befristungen zu ermöglichen, bräuchte es aus der Sicht von Hirschel nun drängender denn je umverteilungspolitische Maßnahmen zu Gunsten der Lohnabhängigen.

Im Anschluss wurde die Strategiedebatte durch ein Podium mit Gelegenheit zur Plenumsdiskussion eröffnet. Drei Personen aus dem Einlader:innenkreis der Aktionskonferenz berichteten zum einen von ihren Erfahrungen bei der Ansprache von Kolleg:innen im Rahmen der Mobilisierungen zu den Aktionstag(en), zum anderem positionierten sie sich zu möglichen

strategischen Ansätzen, um den Protest auszuweiten und den Druck auf die Regierung zu erhöhen. Betriebsrätin und Mitglied des ver.di-Gewerkschaftsrats Isa Senff informierte über ihre Erfahrungen bei der Deutschen Post AG und ging auf die aktuellen Diskussionen innerhalb von ver.di ein. Claudia Salvoch, Betriebsrätin bei der Lufthansa Frankfurt Boden, teilte ihre Erfahrungen aus dem Bündnis von »unkürzbar Rhein-Main«. Stephan Rolles, Vorsitzender des IG Metall-Vertrauenskörpers Saarstahl Völklingen ergänzte die Perspektive einer sich in der Transformation befindenden Industrie.

In der anschließenden Debatte im Plenum bestand unter anderem große Einigkeit darüber, dass die Verteidigung der Renten von großer Bedeutung in der Mobilisierung ist und die Reformpläne insbesondere in Bereichen, die durch schwere körperliche Belastung geprägt sind, für viel Wut und Unverständnis sorgt. Häufig zur Sprache kam außerdem, dass das Ausklammern der Frage der Militarisierung ein großer Fehler sei. So verberge sich in der dauerhaften Erhöhung des Rüstungsetats schließlich einer der Gründe für die aktuellen Kürzungen.

**Wie soll es nun weitergehen?**

Über der strategischen Debatte um das »Wie weiter?« schwebten die Unklarheiten eines politischen Prozesses, der sich mit dem Rückzug der für die Ausarbeitung der Rentenform verantwortlichen Bundesministerin für Arbeit und Soziales, Bärbel Bas, nun noch einmal verzögern dürfte. Dies erschwert die Festlegung eines genauen Zeitpunktes für eine eventuelle Großmobilisierung zusätzlich. Gleichzeitig öffnet sich mit den anstehenden Tarifbewegungen ein Zeitfenster, in dem Möglichkeiten für betriebsnahe Sozialproteste entstehen. Diese verschiedenen Konstellationen und Aktivitäten nahmen die Teilnehmer:innen in vier Arbeitsgruppen in den Blick. Neben dem Aufbau lokaler Bündnisse, die nach Auffassung von einigen Teilnehmenden über den gewerkschaftlichen Rahmen hinaus gehen sollten, standen vier konkrete Vorschläge zur Debatte.

1. Rund um den dezentralen DGB-Aktiontag am 26. September erprobten einige Kolleg:innen die gezielte Ansprache mittels Unterschriftenlisten. In Eins-zu-Eins-Gesprächen wurden Kolleg:innen befragt, ob sie eine Ausweitung der Sozialproteste wollen und wie es um ihre Bereitschaft stehe, an einer zentralen Aktion teilzunehmen. Die gezielte Verknüpfung von Unterzeichnung der Zusage und Erfassung von Telefonnummer und Mail-Adresse ermöglicht eine erneute gezielte und persönliche Kontaktaufnahme, wenn etwa zu einer lokalen Aktionskonferenz eingeladen wird oder wenn der Zeitpunkt für eine zentrale Großmobilisierung gekommen ist. Nun gibt es konkrete Pläne einer bundesweiten Ausweitung dieser Form der Rückkoppelung im Rahmen betrieblicher Aktivitäten unter dem Titel *»15.000 Zusagen für die Verteidigung des Sozialstaats«*.

2. Am 1. November endet die Friedenspflicht in der Metall- und Elektroindustrie. Die dann möglichen Streiks sollen neben politischen Redebeiträgen und Solidaritätsbesuchen ebenfalls für die persönliche Ansprache von Kolleg:innen genutzt werden (siehe 1). Ab dem 31. Dezember endet darüber hinaus die Friedenspflicht in der Stahlbranche (Nordwest und Ost), im Nahverkehr in Berlin, bei der Post und bei Volkswagen. Am 31. März 2027 folgen schließlich die Stahlbranche im Saarland sowie der Öffentliche Dienst. Insbesondere in den vier Tarifgebieten, welche im Januar gleichzeitig aus der Friedenspflicht entlassen werden, könnte ein *gemeinsamer Streiktag, an dem auch die Rentenfrage politisiert wird*, öffentlichkeitswirksam den Druck auf die Regierung erhöhen.

3. Der Automobil-Aktionstag am 21. September hat gezeigt, dass auch ohne direkten Aufruf zum politischen Streik (oder über Bande mittels Streiks im Rahmen von Tarifrunden) mit dem Mittel des Betriebsverfassungsgesetzes politische Meinungsbekundungen und Proteste im Betrieb und während der Arbeitszeit möglich sind. Insbesondere die Erfahrungen von 1996 (siehe *express* 9/2026, S. 1-2) haben gezeigt, dass so auch gewerkschaftsübergreifende betriebliche Proteste ein wirksames politisches Instrument sein können. Was spricht dagegen, diese Erfahrungen an einem *bundesweiten betrieblichen Aktionstag im Januar* zu wiederholen und

dies mit einem gemeinsamen Streiktag im Rahmen der Tarifrunden von bis zu vier Branchen zu verbinden?

4. Nach Auffassung der Konferenzteilnehmer:innen bedarf es für den Fall, dass das Rentenpaket durch den Bundestag geht, außerdem einer erneuten *bundesweiten Mobilisierung* nach Berlin oder an zwei Orte gleichzeitig, etwa nach Berlin und Stuttgart.

Die Konferenz wurde mit einer regionalen Vernetzungsrunde abgeschlossen, bei der konkrete nächste Schritte besprochen wurden. Ob sich die gesammelten Ideen in den Organisationen verallgemeinern lassen, hängt nun vor allem von zwei Punkten ab. Zum einen bedarf es des Zuspruchs und der Unterstützung in den lokalen gewerkschaftlichen Gremien und den Tarifkommissionen, wo jetzt die Debatte über diese strategischen Ansätze weiterzuführen ist. Zweitens kommt es auf die weiteren Diskussionsprozesse im DGB-Bundesvorstand an. Sollte hier keine Einigkeit hergestellt werden können, wird vor allem ver.di als Organisation für sich entscheiden müssen, ob sie sich eine Großmobilisierung auch im Zweifel alleine oder im Bündnis mit weiteren Organisationen vorstellen kann. Ob der DGB seine Führungsrolle etwa bei der Organisation einer Großdemo übernehmen wird, dürfte im Wesentlichen davon abhängen, ob die IG Metall vor dem Hintergrund der anstehenden Tarifrunden auf weitere Großmobilisierungen verzichten möchte oder nicht.

Auf der Konferenz bestand dahingehend Einigkeit, dass für weitere betriebsnahe und gewerkschaftsübergreifende Proteste sowie für eine weitere Großmobilisierung zu zentralen Protestaktionen unter dem Dach des DGB gestritten werden soll. Klar war aber auch: Sollte der DGB diese Rolle nicht übernehmen, müssen die notwendigen Schritte im Zweifel aus eigener Kraft durch eine überregionale Zusammenarbeit der lokalen Bündnisse angestoßen und organisiert werden.

** Marvin Hopp ist wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universität Göttingen und gehört zum Kreis der ehrenamtlichen Einlader:innen zu den gewerkschaftlichen Ratschlägen und der Aktionskonferenz.*
*Siehe auch die vom express unterstützte Homepage: http://Umverteilen-statt-Sozialabbau.de/*

***express*** im *Netz und Bezug* unter: www.express-afp.info
*Email:* express-afp@online.de

**express** / AFP e.V., Niddastraβe 64, VH, 4. OG, 60329 Frankfurt a.M.

*Bankverbindung* für Spenden und Zahlungen:
AFP, Sparda-Bank Hessen eG, IBAN: DE28 5009 0500 0003 9500 37, BIC: GENODEF1S12